



Foto: Reuter

Prof. Dr. Christoph G. Paulus

Bemerkenswert beratungsresistent

Berlin. Seine Erwartungen und Hoffnungen, die er mit dem internationalen Kongress zur Staateninsolvenz mit hochkarätigen Experten aus aller Welt an der Humboldt-Universität zu Berlin am 13. und 14.01.2012 verbindet, seien »riesengroß«. Peter Reuter fragte Prof. Dr. Christoph G. Paulus, der sich seit zehn Jahren intensiv damit beschäftigt, wann und wo seine Vorschläge zur Restrukturierung überschuldeter Staaten auf offene bzw. taube Ohren gestoßen sind.

INDat-Report: Nicht nur die Staateninsolvenz ist derzeit in aller Munde, auch Sie werden damit fast automatisch in Verbindung gebracht, da Sie spätestens seit 2002 als Berater des IWF an einem Modell eines Insolvenzverfahrens für Staaten mitgewirkt haben. Später haben Sie die Weltbank in Hinblick auf »odious debts« beraten. Wen haben Sie seitdem von der Notwendigkeit eines Insolvenzverfahrens für Staaten zu überzeugen versucht?

Professor Paulus: Sie haben Recht, es war damals Argentinien, das mich auf die Problematik gestoßen hat, und es ist nunmehr Griechenland, das jetzt auch den europäischen Politikern eindringlich vor Augen führt, dass ein plan- und strukturloses Hin und Her bei der Suche nach einer Lösung das ganze Geschehen nur maßlos verteuert. Aber die eigentlichen Entscheidungsträger – und hier denke ich insbesondere an Merkel und Schäuble – sind bemerkenswert beratungsresistent. Mir wurde mehrfach signalisiert, dass Gespräche vorbereitet würden – geschehen ist aber nichts. Auf der Ebene der Abgeordneten jedoch bin ich von grün über gelb und rot bis hin zu schwarz gekommen; und bei meiner Konferenz wird immerhin Schäuble die Eröffnungsrede halten. In London ist mir ein Direktoriumsmitglied der EZB vor versammeltem Publikum in die Parade

gefahren, der General Counsel der EZB jedoch findet meinen Vorschlag hörensenswert, gleiches gilt für dessen Kollegen bei der Banca d'Italia. Wo allerdings in der Politik völlige Taubheit herrscht, ist Frankreich. Sarkozy will kein wie auch immer geartetes Insolvenzverfahren.

INDat-Report: Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler sprach Aufsehen erregend von einer geordneten Staateninsolvenz und hat sich dabei Ihrer Ideen »bedient« ...

Professor Paulus: Die Quellenangabe hat er vergessen – oder, zu seiner Ehrenrettung, sie wurde ihm vielleicht auch nicht zugetragen, nachdem ich zwei Wochen zuvor meinen Vorschlag einem seiner Mitarbeiter hatte zukommen lassen. Also, was der Minister da öffentlich verlautbart hatte, war von der Namensgebung (»Resolvenzverfahren«) bis hin zur neutralen Instanz als dem die Verhandlungen leitenden und steuernden Zentralorgan des Vorschlags sowie die anschließende Umsetzungskontrolle der eingegangenen Verpflichtungen auf meinem Mist gewachsen. Es war übrigens ein Zufall, dass ich wegen dieser, nennen wir es einmal »Übernahme meines Gedankenguts«, von der Frankfurter Rundschau – und damit einer Reihe weiterer, zu demselben Verlag gehörender Zeitungen – interviewt wurde. Um der Sache willen hät-

te ich es – wenn auch natürlich mit großer Überwindung – toleriert, dass der Vorschlag damit bei den Entscheidungsträgern gelandet ist. Gemessen daran bedauere ich es, dass der Minister nach dem Interview keinen Ton mehr zum Thema gesagt hat, statt mich anzurufen, zu sagen »Dumm gelaufen, aber wollen wir mal einen Kaffee zusammen trinken?«, um dann die Dinge weiter voranzutreiben.

INDat-Report: Sind in Ihrem Konzept eines Insolvenzverfahrens für Staaten – Schuldentribunal, Antrag nur vom Schuldnerland, eine Art Planverfahren unter Kontrolle und Aufsicht des Schuldentribunals, zukünftige Kredite werden mit Klausel zum Staateninsolvenzverfahren versehen – noch Fragezeichen enthalten oder steht das Grundkonzept?

Professor Paulus: Das Grundkonzept steht in der Tat. Ich arbeite schon mal vorsorglich an einer Verfahrensordnung, die sich das Schuldentribunal geben könnte. Bei einem Gespräch mit dem General Counsel des Internationalen Währungsfonds – er wird übrigens auch an meiner Tagung teilnehmen – war ich überrascht, dass er keinerlei Einwände dagegen hatte, den mir vorschwebenden Richtern des Schuldentribunals zuzuarbeiten und sie mit notwendigen Informationen zu bedienen. Mir scheint angesichts all dieser Bereitschafts-



Foto: Heike Zapke / HU Berlin



Foto: Andreas Haertle / Fotolia

signale, dass die Zeit wirklich reif ist für die Einführung eines derartigen Verfahrens.

INDat-Report: Sind Sie derzeit direkt in Beratungen für eine europäische Lösung von Staatspleiten auf politischer Ebene oder seitens eines deutschen Ministeriums einbezogen?

Professor Paulus: Wie schon angedeutet: nein! Ich weiß freilich, dass etwa der kommende Staatssekretär im Finanzministerium meinen Vorschlag kennt, das Wirtschaftsministerium ebenfalls. Auf der Ebene darunter habe ich schon mit vielen gesprochen – auch die wissen alle Bescheid. Aber die Gespräche finden ohne mein Beisein statt.

INDat-Report: Argentinien und seine Schuldenkrise als recht »loser« Staat in Südamerika ist mit Griechenland, eingebettet und fest verwoben in der Europäischen Union, nicht vergleichbar. Was kann man dennoch aus dem Fall Argentinien und anderen Staatspleiten lernen – im Positiven wie im Negativen?

Professor Paulus: Was die negative Seite anbelangt, so muss man sagen, dass es für Griechenland noch schlimmer kommen kann, als die Situation jetzt schon ist – übrigens, von der Öffentlichkeit vollkommen übersehen und fernab jeder medienwirksamen Darstellung: Lettland fährt schon seit längerer Zeit als Griechenland einen Restruktu-

rierungskurs, der partiell über das griechische Maß weit hinausgeht – da allerdings scheint die Bevölkerung zu verstehen, dass in derartigen Notzeiten eine gemeinsame Anstrengung unabdingbar ist. Was die positive Seite anbelangt, so hatte sich Argentinien bis heute andauernd die Sympathien des Kapitalmarktes verschert, weil es als Schuldner wie die Axt im Walde aufgetreten ist. Das hat Griechenland sorgsam vermeiden. Damit wird es zu einem späteren Zeitpunkt für Griechenland deutlich einfacher sein, auf dem Kapitalmarkt wieder Vertrauen zu gewinnen.

INDat-Report: Das Institut für Interdisziplinäre Restrukturierung e. V. (iir), dessen Direktor Sie sind und die Humboldt-Universität zu Berlin veranstalten am 13. und 14.01.2012 die Internationale Konferenz zur Insolvenz von Staaten, die Sie moderieren. Wen haben Sie dafür noch auf Akademiker- und Praktikerseite gewinnen können und welche Erwartungen knüpfen Sie an diesen Kongress?

Professor Paulus: Meine Erwartungen bzw. Hoffnungen sind riesengroß: Ich möchte gern die Franzosen von der Machbarkeit eines Insolvenzverfahrens überzeugen. Zu diesem Zweck will ich viel internationale Presse dabei haben. Was die Redner anbelangt, so kann sich die Liste sehen lassen. Nicht-professoral sind der bereits

erwähnte General Counsel des IWF und der EZB sowie ein führendes Direktoriumsmitglied der Barclays Bank. Professoral sind alle anderen, auch wenn sie gegenwärtig anderswo arbeiten: etwa der deutsche Richter am IGH, mein früherer Lehrer Bruno Simma, sodann ein Italiener, der bei UNCTAD arbeitet, ein Deutscher, der früher einmal Chairman des Londoner Clubs war, oder ein Spanier, der gegenwärtig bei der Weltbank angestellt ist. Des Weiteren sind Professoren aus Japan, den USA, aus Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich und England mit von der Partie.

INDat-Report: Hand aufs Herz: Ein europäisches Schuldentribunal brauchte nicht nur einen Präsidenten, sondern auch einen Vorsitzenden Richter und weitere Richter. Was sagen Sie, wenn Sie gefragt werden, ob Sie sich dort engagieren würden?

Professor Paulus: Oh je, die Frage stelle ich mir gelegentlich selbst, seit Professor Uhlenbruck einmal ein entsprechendes Statement auf einer Tagung in Berlin abgegeben hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde ich vermutlich absagen: Ich liebe zu sehr die akademische Freiheit, das Unterrichten, das In-der-Welt-Herumreisen und die jederzeitige Option, mich jetzt nicht mehr mit Insolvenzrecht zu beschäftigen, sondern beispielsweise mit dem römischen Recht im Neuen Testament. «